

Wasser- und Bodenverteilung in Zentralasien

Conen, Janna

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Conen, J. (1996). *Wasser- und Bodenverteilung in Zentralasien*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 58/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46549>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wasser- und Bodenverteilung in Zentralasien

Zusammenfassung

Der Aufbau einer rechtlichen Basis für Wasser- und Bodennutzung ist für die jungen unabhängigen Staaten Zentralasiens von großer Bedeutung. Davon hängen der Wohlstand, die innen- und außenpolitische Stabilität sowie die Umweltsituation der einzelnen Staaten und der gesamten Region ab. Traditionelle Praktiken der Wasser- und Bodenverteilung und ihre Umformung in sowjetischer Zeit erweisen sich als eine wesentliche Bedingung für Wirtschaftstransformation und Eigentumsreformen in der zentralasiatischen Landwirtschaft. Ausgehend von der historischen Entwicklung der Wasserverteilung und des Bodenrechts in der Region analysiert die vorliegende Studie vor allem zwischenstaatliche Probleme der Verteilung von Wasserressourcen. Sie wurden mit dem Zerfall des sowjetischen zentralistischen Verteilungssystems und der staatlichen Unabhängigkeit in Zentralasien akut.

Zur Geschichte der Wasserverteilung und des Bodenbesitzes in Zentralasien

Wasserverteilung und Irrigation waren für Zentralasien schon immer von erstrangiger Bedeutung. Das traditionelle Wasser- und Agrarrecht beruhte auf den Vorschriften der Scharia (des islamischen Rechts). Es unterschied zwischen unbrauchbarem und niemandem gehörenden Ödland und kulturfähigem Land. Die Nutzung des Ödlands stand jedermann offen. Beim kulturfähigen Land waren begrenzte Eigentums- beziehungsweise Nutzungsrechte an die Bedingung geknüpft, daß der Boden auch angebaut bleibe. Unangebaut stand kulturfähiges Land zur Verfügung des Staats.

Das fließende Wasser wurde als Geschenk Gottes und nicht als Eigentum irgendeiner Person betrachtet. Es konnte nicht verkauft oder gekauft werden. Wasserverteilung und Bewässerung wurden in der Gemeinde geregelt. Wer Wasser nutzen wollte, mußte sich an der Instandhaltung des Bewässerungssystems beteiligen. Zur Aufsicht über die Bewässerung und Wasserverteilung in der Gemeinde wurde ein Mirab gewählt, der von jedem Mitglied der Gemeinde einen Teil der Ernte erhielt. Im alten zentralasiatischen Wasserrecht wurden auch die Aufstauung von Wasser und die Nutzung komplizierter Irrigationssysteme geregelt. Die Regelungen konnten mitunter blutige Konflikte bei der Verteilung von knappen Wasserressourcen allerdings nicht ausschließen.¹

Nach dem Anschluß Zentralasiens an das Russische Reich wurden die lokalen Bewässerungsanlagen wiederhergestellt und ausgebaut. Die russische Regierung verfolgte dabei zwei Hauptziele: den Anbau von Baumwolle und die Ansiedlung russischer Kolonisten. Die Baumwolle wurde zur

¹ Vgl.: Walter Busse, Bewässerungswirtschaft in Turan und ihre Anwendung in der Landeskultur, Jena. 1915, S.51-57.

Monokultur. Turkestan geriet in die Abhängigkeit von Getreidelieferungen aus Rußland. Beim Ausbau der Bewässerungsanlagen machte sich die Kolonialverwaltung das zerstörte altertümliche System zum Vorbild, von dem Reste noch vorhanden waren.

Die Rechte der lokalen sesshaften Bevölkerung auf vererbte Ländereien wurden bestätigt. Alles bisher den Feudalherren gehörende sowie alles herrenlose Land ging in Zarenbesitz (Kronland) über. Man überließ bearbeitetes Land teilweise den Nomaden zu unbefristeter Nutzung, was deren Übergang zur Sesshaftigkeit voraussetzte. Im Falle der Nichtbebauung fiel der Boden an das Reich und wurde an russische Siedler vergeben.

Unter sowjetischer Herrschaft wurde Zentralasien nach ethnischen Gesichtspunkten in neue nationale Gebietseinheiten aufgeteilt. Daneben war die Sowjetisierung der Region vor allem durch die Kollektivierung der Landwirtschaft bestimmt. Beide Maßnahmen wurden um 1936 vollendet. Der Boden wurde den Kolchosen zur Nutzung überlassen. Später kamen größere und enger spezialisierte staatliche landwirtschaftliche Unternehmen (Sowchosen) hinzu. Die sowjetischen Planbehörden diktierten, was und in welchem Umfang produziert werden sollte. Beschaffung von Produktionsmitteln, Vertrieb und Preisbildung waren streng zentralisiert.

Die älteren Bewässerungsvorhaben wurden nun in einem viel größeren Maßstab fortgesetzt, mit dem Ziel, in der Baumwollversorgung vom Ausland unabhängig zu werden. 1939 entstanden der 349 km lange Große Fergana-Kanal und der 400 km lange Karakum-Kanal. Der Romanov-Kanal in der Hungesteppe wurde verbessert und versorgte über 100.000 Hektar Acker mit Wasser.² Die Planwirtschaft diktierte immer höhere Zahlen für Erschließung und Bewässerung neuer Flächen sowie für die Ernten der Monokulturen Baumwolle und Reis. In der Jagd nach Produktionssteigerung und Planerfüllung wurden auch unproduktive Böden mit einem hohen Salzgehalt erschlossen und bewässert. Mit der Zeit schwächte sich die repressive Kontrolle des sowjetischen Staats aber ab. Gemeinsam mit dem fehlenden Wirtschaftsinteresse der Betreiber vor Ort führte dies zu Schlampigkeiten bei der Planung und Durchführung der Bewässerungsmaßnahmen. Die Bewässerungskanäle wurden nicht verkleidet, was zu hohen Verlusten beim Wassertransport führte. Bei der Errichtung der Drainagesysteme vernachlässigte man technische Erfordernisse. Landwirtschaftliche Betriebe gingen rücksichtslos mit Wasser und landwirtschaftlichen Chemikalien um. Seit Anfang der siebziger Jahre verursachte dies einen Rückgang der Erträge pro Flächeneinheit, die Degradierung und sekundäre Versalzung der Böden sowie eine Wasserverschmutzung in einem zuvor nie erreichten Ausmaß. Das führte zu gewaltigen Umweltschäden und zu sozialen Problemen. Die Ausbeutung der Wasserressourcen der bedeutendsten zentralasiatischen Flüsse, Amu-Darja und Syr-Darja, rief eine der größten Umweltkatastrophen des 20. Jahrhunderts hervor, das Austrocknen des Aral-Sees.

Ende der sechziger Jahre wurden in der Sowjetunion Pläne zur Umleitung eines Teils der Wassermengen sibirischer Flüsse nach Zentralasien diskutiert. In diesem Projekt war der Bau von Riesenstaudämmen in Sibirien und eines gewaltigen Netzes von Kanalbauten in Zentralasien vorgesehen. Die Stagnation der sowjetischen Wirtschaft verhinderte die Verwirklichung des Projekts, das massiven Protest russischer Umweltschützer hervorgerufen hatte.

Der gegenwärtige Zustand von Wasserverteilung und -management

Interethnische Konflikte beim Zerfall der Sowjetunion hatten ihre Ursachen unter anderem auch in der Boden- und Wasserverteilung. Zusammen mit der Katastrophe am Aral-See waren diese Ereignisse ein ernsthaftes Warnzeichen für alle, die sich mit der Wasserfrage in der Region beschäftigen. Die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen fünf unabhängigen Staaten trafen auf gravierende wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme. Einige hängen mit unserem Thema zusammen.

So bremst das Fehlen eines modernen Wasserrechts die Wirtschaftsreformen. Die zwischenstaatliche Wasserverteilung und das Problem der ineffektiven und umweltschädlichen Wassernutzung erfordern

² Hans Walter Flemming, *Weltmacht Wasser*, Göttingen 1965, S.145.

Kooperation auf regionaler Ebene. Während vor dem Zusammenbruch der UdSSR alle Entscheidungen bezüglich der Wassernutzung in Zentralasien in Moskau getroffen wurden, müssen heute die neuen unabhängigen Länder diese Entscheidungen selber treffen. Behörden, die früher auf Befehlsempfang und -ausführung beschränkt waren, wurden mit der Unabhängigkeit zu Entscheidungsträgern. Die neue Aufgabe erfordert strukturelle und personelle Veränderungen der Ressorts, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind.

Probleme der Wasserverteilung zwischen den Staaten

Die Ausarbeitung eines regionalen Wasserverteilungsverfahrens wird durch Widersprüche in den Interessen der einzelnen Staaten erschwert. So neigen Tadschikistan und Kirgistan, die beiden Länder, die an den Quellen der lebenswichtigen zentralasiatischen Flüsse³ liegen, dazu, ihre Lage im regionalen Wassersystem für die Erhaltung günstiger Bedingungen bei Nahrungsmittel- und Brennstofflieferungen aus Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan auszunutzen. 1994 äußerte Tadschikistan den Wunsch, jährlich zusätzlich 600 Mio. m³ Wasser aus dem Fluß Serafschan abzuleiten. Kirgistan und Tadschikistan verfügen über ein Netz von Wasserkraftwerken und großen Stauseen. In sowjetischer Zeit wurde das Wasser im Winter in den Stauseen zurückgehalten und im Sommer zur Bewässerung der Flächen in den tiefergelegenen Republiken abgelassen. Der dabei erzeugte Strom, seinerzeit ein Nebenprodukt der Bewässerungswirtschaft, überstieg den Bedarf Kirgistans und Tadschikistans an Elektroenergie in den Sommermonaten. Überschüsse wurden an die Nachbarrepubliken abgegeben. Dafür bekamen die höher gelegenen Republiken von diesen im Winter ihre Energielieferungen zurückerstattet. Heute bevorzugen es die beiden Staaten, entweder das Wasser im Sommer anzusammeln, um im Winter die nötige Elektroenergie zu erzeugen, oder eine Kompensation für den Wasserablaß im Sommer zu fordern.⁴

Die Hauptproduzenten von Baumwolle, Usbekistan und Turkmenistan, verbrauchen die größten Wassermengen⁵ und lassen das von Salz sowie von landwirtschaftlichen Schutz- und Düngemitteln verschmutzte Drainagenwasser zurück in die Flüsse oder in künstliche abflußlose Seen in der Wüste laufen. Die niedriger gelegenen Gebiete benutzen das bereits verschmutzte Wasser mit erhöhtem Salzgehalt für ihre Bewässerungen. Die mit Baumwolle bebauten Flächen wurden in den letzten fünf Jahren verringert. Der Verbrauch an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sank wegen erhöhter Preise für diese Produkte. Damit ist aber das Problem nicht gelöst. In der letzten Zeit startete Usbekistan ein Programm zur Auswaschung der Böden seiner Baumwollfelder. Die Felder werden überbewässert, was den jährlichen Wasserverbrauch vorerst erhöht und zu größeren Mengen an Salz und Agro-Chemikalien im Drainagenwasser führt. In die Flüsse Amu-Darja und Syr-Darja werden nicht nur Drainagenwässer von den Feldern aller fünf zentralasiatischen Staaten abgelassen. Dazu kommen auch noch Kanalisationsablässe der großen Städte und die Ablässe der Bergbaubetriebe Tadschikistans, Kirgistans⁶ und Usbekistans sowie der Chemiebetriebe Usbekistans und Kasachstans.

³ Die Flüsse Amu-Darja (der jährliche Abfluß 69,5 km³), Syr-Darja (37 km³) und Serafschan (5,2 km³) werden vom Tauwasser der Gletscher gespeist. Syr-Darja und Amu-Darja entspringen im Tjan-Schan und Pamir Gebirge. Sie fließen in Richtung Norden durch die Wüsten Kysylkum und Karakum, bilden Deltas und ergießen sich in den Aral-See. Der Serafschan entspringt im Pamir im Nordosten Tadschikistans und verschwindet wegen der hohen Verdunstung in der Kysylkum. (Vgl.: David R. Smith, "Environmental Security and Shared Water Resources in Post-Soviet Central Asia" in: Post-Soviet Geography, 1995, 36, No. 5, S. 356).

⁴ Milka S. Kirova, Sel'skochozjajstvennyye reformy i sochranenie okružajuščej sredy v bassejne Aral'skogo morja, Unterlagen der Weltbank für die Diskussion auf der UN-Konferenz in Nukus im September 1995, Seite 15.

⁵ "Usbekistan ist der größte Wasserverbraucher zwischen den fünf zentralasiatischen Republiken. Von 1965-1990 wuchs die bewässerte Fläche in Usbekistan von 2,7 Mio. auf 4,2 Mio. ha. Das übertraf die bewässerte Fläche des zweitgrößten Konsumenten, Turkmenistan, um das Dreifache (Narkhoz SSSR, 1987; Narkhoz UzSSR, 1990). Laut den von Smith kompilierten Daten des Goskomstat SSSR und anderen Quellen (Weltbank) verbrauchten Usbekistan im Jahre 1990 52.413, Turkmenistan 19.797, Tadschikistan 12.044 und Kirgistan 8.993 Mio. m³ Wasser. (Smith, a.a.O., S. 356f.).

⁶ J. V. Bobko (technischer Direktor des Exekutivkomitees des Rats für zwischenstaatliche Kooperation im Einzugsgebiet des Aral-Sees) in: Monitor bassejna Aralskogo morja, Nr. 2, Frühjahr 1996, S. 13.

Viele dieser Betriebe verringerten ihre Produktion oder stellten sie ein. Die Verschmutzungen werden sich aber noch lange im Kreislauf zwischen Wasser, Boden, Pflanzen, Tieren und Menschen bemerkbar machen.

Die Gebiete in der Umgebung des Aral-Sees wie Taschaut (Daşchovuz) in Turkmenistan, Chorasm in Usbekistan und Kzyl-Orda in Kasachstan sowie die (autonome) Republik Karakalpakstan/Usbekistan sind von den Folgen der ineffektiven und umweltschädlichen Wassernutzung besonders betroffen. Sie bekommen das bereits gebrauchte Wasser in unzureichenden Mengen und mit höchstem Salzgehalt. Außerdem leiden diese Gebiete unter Salz- und Staubaustragungen aus trockengefallenen Flächen des Aral-Sees. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Umweltsituation am Aral-See gemacht. Die erste Gruppe bildeten phantastische Projekte zur Wiederauffüllung des Sees durch Tauen der Gletscher, Pumpen von Wasser aus dem Kaspischen Meer oder Umleitung des Wassers der sibirischen Flüsse. Die zweite Gruppe bildeten Projekte zur Bepflanzung oder Befestigung des Seebodens, die sich aufgrund entsprechender Untersuchungen und auch wegen der Größe der Flächen als unerfüllbar erwiesen.⁷ Zur Zeit besteht der Aral-See praktisch aus zwei Seen, einem kleineren im Norden und einem größeren im Süden. Die beiden Seen sind durch einen engen Durchfluß miteinander verbunden. Es wird heute von der Trennung der Seen durch einen Damm gesprochen. Danach soll Kasachstan sich um den kleinen, Usbekistan um den großen See kümmern. Zur Wiederauffüllung des kleinen Sees sollte der Syr-Darja umgeleitet werden.⁸ Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Vorhabens der kasachischen Regierung ist eine erhebliche Steigerung des Zuflusses durch den Syr-Darja. Dies ist unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen in Zentralasien unmöglich.⁹ Der einzige Ausweg bleibt eine Verringerung der Umweltschäden und die Verbesserung der Wasser- und Bodennutzung im ganzen Einzugsgebiet des Sees.

Konflikte wegen der Wassernutzung zwischen höher und niedriger gelegenen Anrainerstaaten von Amu-Darja, Syr-Darja und Serafschan sind durchaus möglich. Die niedriger gelegenen Staaten könnten auch untereinander wegen der Wasserverteilung und -verschmutzung in Konflikt geraten. So bekommen die kasachischen Provinzen Südkasachstan und Kzyl-Orda ca. 77% des Flußwassers aus Usbekistan. Das enthält mehr als 40 chemische Inhaltsstoffe, von denen die Hälfte in ihren Konzentrationen über den Grenzwerten liegen.¹⁰ Auch in den an den Quellen gelegenen Staaten sind Konflikte zwischen Irrigation und Elektroenergieerzeugung nicht auszuschließen.¹¹

Ansätze von Problemlösungen auf regionaler und internationaler Ebene

Das erste regionale Abkommen über Zusammenarbeit bei Wassermanagement, -nutzung und -schutz wurde im Februar 1992 in Almaty unterzeichnet. Es finden jährliche Treffen der Präsidenten aller fünf Länder statt. Die zentralasiatischen Staatsoberhäupter trafen sich zum ersten Mal auf einem ökologischen Jahreskongreß in Kzyl-Orda 1993. Dort wurde ein Abkommen über gemeinsame Maßnahmen zur Lösung der Probleme des Aral-Sees und seiner Umgebung sowie über die soziale und ökonomische Entwicklung der Region unterzeichnet. Im selben Jahr wurden zwischenstaatliche Organe für die Kooperation gegründet.

Auf einem zweiten Kongreß in Nukus in Karakalpakstan/Usbekistan wurde ein Aktionsprogramm für die nächsten drei bis vier Jahre verabschiedet. Es folgte die Gründung eines internationalen Aral-Fonds. Alle zentralasiatischen Länder verpflichteten sich dabei, bis zu 0,6% ihres Nationaleinkommens an den Fonds zu überweisen. Im Juli 1994 trafen sich Vertreter der

⁷ P. Wolff, H. Schmeisky, Ist der Aral-See noch zu retten? Eindrücke und Erkenntnisse einer Studienreise nach Karakalpakien, in: Zeitschrift für Bewässerungswirtschaft, 1/ 1994, S. 8.

⁸ Komitee für Wasserressourcen beim Ministerrat der Republik Kasachstan, Institut "Giprovodchoz": Nationale Wasserstrategie der Republik Kasachstan im Einzugsgebiet des Aral-Sees", Kurzfassung, Almaty 1995, S. 17, Paragraph 5.3.

⁹ Wolff, Schmeisky, a.a.O., S. 18, 21.

¹⁰ Nationale Wasserstrategie der Republik Kasachstan im Einzugsgebiet des Aral-Sees, Kurzfassung, S. 8-9.

¹¹ Kirova, a.a.O., S. 15.

zentralasiatischen Staaten und des Exekutivkomitees für das Einzugsgebiet des Aral-Sees mit Vertretern der Regierungen von Industrieländern und der UNO. Man beschloß die rückzahlungsfreie Finanzierung für Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms in einem Volumen von 31,4 Mio. US \$.¹²

Es folgten weitere Jahrestreffen und zwischenstaatliche Deklarationen. Der größte Teil der mit der Wasserfrage verbundenen internationalen Projekte hatte den Charakter von Studien und Vorarbeiten. In letzter Zeit wurde allerdings auch eine Reihe praktischer Projekte in den Bereichen Umwelt, Wasser und Existenzgründung für die betroffene lokale Bevölkerung gestartet. Dies ist ein greifbares Ergebnis der Kongresse und Konferenzen, die Möglichkeiten für Treffen und Diskussionen zwischen zentralasiatischen und externen Experten eröffneten. Dabei erfolgte eine Abkehr von gigantischen und zweifelhaften Projekten zur Wiederauffüllung des Aral-Sees und eine Hinwendung zu realistischeren Möglichkeiten der Bewältigung von Umweltproblemen. Es wurde allerdings noch wenig für die Ausarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Wasserverteilung und -nutzung unternommen. Auf der letzten Konferenz in Nukus, im Herbst 1995, riefen manche Teilnehmer dazu auf, "sich nach dem internationalen Wasserverteilungsrecht zu richten" oder sogar UN-Blauhelme an die Schleusen der zentralasiatischen Flüsse zu stellen. Das internationale Wasserverteilungsrecht besteht aus allgemeinen Normen, Gleichberechtigungspostulaten, Informationsverpflichtungen, Normen gemeinsamer Verwaltung der internationalen Flüsse und Verpflichtungen zur friedlichen Lösung von Streitigkeiten.¹³

Boden- und Agrarreformen

Mit Ausnahme der neuesten Verfassung Kasachstans vom Dezember 1995 sehen die Verfassungen der zentralasiatischen Staaten privaten Bodenbesitz nicht vor. Die Möglichkeiten privaten Bodenbesitzes sind auch in der kasachischen Gesetzgebung stark eingeschränkt. Zuvor war in Kasachstan die langfristige Verpachtung von Böden für 99 Jahre mit der Aussicht des Verkaufs und der Vererbung des Pachtrechts eingeführt.¹⁴ Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung wurde eine Verordnung des Präsidenten über die Böden mit der Kraft eines Gesetzes verabschiedet, in der privater Bodenbesitz nur für Hausgärten, Hauswirtschaften und Gartenhäuser sowie für den Bau von Wohnhäusern und Wirtschaftsobjekten vorgesehen wurde. Landwirtschaftliche Flächen, ausschließlich der oben erwähnten, können sich nicht in privatem Besitz befinden.¹⁵ Sie werden landwirtschaftlichen Betrieben vom Staat auf einer kostenlosen und langfristigen Basis zur Verfügung gestellt. Mitglieder landwirtschaftlicher Unternehmen haben das Recht auf einen Anteil. Sie können dieses Recht auch veräußern. Wenn ein Grundstück unteilbar ist, haben sie Recht auf den Erhalt von Boden aus einem Sonderfond. Die landwirtschaftlichen Flächen können ihren Nutzern genommen werden, wenn sie drei Jahre lang unbebaut bleiben oder nicht zweckgemäß genutzt werden.¹⁶

Die Verordnung des Präsidenten der Kirgisischen Republik über Bodenreform und Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe vom Februar 1994 läßt das veräußerbare Bodennutzungsrecht für 49 Jahre zu.¹⁷ In Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan werden zur Zeit Umstrukturierungsmaßnahmen auf dem Lande durchgeführt.¹⁸ Sowchosen werden in Kolchosen, Aktiengesellschaften, Kooperativen, Verbände der Bauernhöfe und Bauernassoziationen umgewandelt, Kolchosen in kleinere Einheiten

¹² A. A. Rafikov, (Abteilungsleiter des Exekutivkomitees des Rats für zwischenstaatliche Kooperation im Einzugsgebiet des Aral-Sees) in: Monitor bassejna Aralskogo morja, Nr. 2, Frühjahr 1996, S. 2.

¹³ Smith, a.a.O., S. 364.

¹⁴ V. Ardaev in Izvestija, 4.1.1995, S. 2.

¹⁵ Verordnung des Präsidenten der Republik Kasachstan mit Kraft eines Gesetzes "Über den Boden", Kasachstanskaja Pravda, 26.12.1995, S. 2.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Kirova, a.a.O., S. 5.

¹⁸ In Turkmenistan befindet sich die Landwirtschaft unter einer starken staatlichen Kontrolle. Die Durchführung von Wirtschaftsreformen in Tadschikistan ist durch die Folgen des Bürgerkrieges und eine instabile politische Lage erschwert.

geteilt. Offizielle Statistiken geben ein optimistisches Bild. Im Jahre 1994 betrug die Anzahl der privaten landwirt

schaftlichen Unternehmen in Kasachstan rund 8.500.¹⁹ Diese Unternehmen pachten das Land auf einer langfristigen Basis. 1992 gab es in Kasachstan 2.120 Sowchosen. Bis Juli 1995 wurden 1.728 davon privatisiert. In Usbekistan wurden alle Sowchosen in Kolchosen, Kooperativen und Pachtunternehmen umgewandelt. 1993 wurden in der Kirgisischen Republik 35% aller landwirtschaftlichen Unternehmen umstrukturiert oder privatisiert.²⁰

Die Wirklichkeit hinter diesen Zahlen zeigt ein anderes Bild. In Kasachstan und in Kirgistan wurden in den Jahren 1992-1994 tatsächlich viele Kolchosen und Sowchosen privatisiert oder umstrukturiert. Die Mitglieder bekamen in unterschiedlichen Formen ihren Anteil an Boden, Vieh, Maschinen und Gebäuden. Leider konnten sie nicht selbständig entscheiden, welche Produkte sie damit erzeugen wollen. Staatsaufträge diktierten, was und in welchem Volumen anzubauen war. Staatlich regulierte Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte wurden zu niedrig angesetzt. Gleichzeitig stiegen die Preise für Brennstoffe, Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie für Ersatzteile. Das schlecht organisierte Absatz- und Verarbeitungssystem befand sich noch immer in den Händen des Staates. Unter solchen Umständen brachte die Herstellung von landwirtschaftlichen Produkten keine Gewinne. Viele privatisierte landwirtschaftliche Betriebe wurden von ihren ehemaligen Mitgliedern geplündert. 1994 beschloß die kasachische Regierung, daß Sowchosen und Kolchosen weiterhin bestehen bleiben können oder sogar wieder in ihren ursprünglichen Zustand zurückgeführt werden sollen. Die durch mehrfache Umwandlungen geschwächten Betriebe fristen zur Zeit ein kummervolles Dasein.

In der letzten Zeit findet in Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan eine schrittweise Abkehr vom System der Staatsaufträge statt. Die usbekische Regierung plant die vollständige Aufhebung der Staatsaufträge bis zum Jahre 1998. Im März 1994 wurden in der Kirgisischen Republik die Staatsaufträge durch "interne gegenseitige Lieferungen" ersetzt.²¹ Dasselbe geschah auch in Kasachstan. Die "internen" oder "zwischenregionalen Lieferungen" unterscheiden sich aber kaum von Staatsaufträgen. In Kasachstan müssen die Gebietseinheiten vom Staat bestimmte Produkte in festgesetzten Mengen anbauen und anschließend ihre landwirtschaftlichen Produkte untereinander austauschen. Die Preise für diese Produkte im Rahmen der Staatsaufträge oder gegenseitigen Lieferungen werden vom Staat bestimmt und sind oft niedrig angesetzt. Im Jahre 1994 führte die kasachische Regierung freie Preise für einzelne Arten landwirtschaftlicher Produkte ein. Aber selbst in diesem Fall kann der Staat als Eigentümer des Bodens und der Absatzwege immer noch einen erheblichen Druck auf den Produzenten ausüben.

Jana Conen

Die Autorin war Mitarbeiterin im Industrieministerium Kirgistans, im Büro der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit in Bischkek sowie im Zentrum für Türkeistudien in Essen. Zur Zeit arbeitet sie im ökologischen Zentrum am Aral-See in Kazalinsk, Kasachstan.

Redaktion: Uwe Halbach

¹⁹ TACIS Activities in Kasachstan. Brussels, März 1994, S. 15.

²⁰ Kirova, a.a.O., S. 6.

²¹ Ebenda., S. 7.